

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

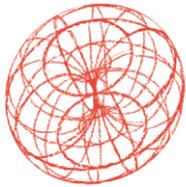
Kinderrechte im Parlament – Rückschau auf die Wintersession 2015

Im **Nationalrat** wurde die aus kinderrechtlicher Sicht relevante parlamentarische Initiative Fehr „[Schutz vor Gewalt aus dem nahen sozialen Umfeld](#)“ abgelehnt. Die Vorlage hätte die Ergänzung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfern von Straftaten gefordert, damit die Kantone für genügend Plätze in geeigneten Institutionen sorgen, die Menschen Schutz vor Gewalt aus dem nahen sozialen Umfeld bieten. Insbesondere Kinder und Jugendliche werden oft mangels Alternativen vorübergehend in Spitälern untergebracht. Ebenfalls abgelehnt hat der Nationalrat das Postulat der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats (RK-N) [Leihmutterchaft](#). Er sieht somit keinen Bedarf an einer Kampagne, um die Bevölkerung auf die Probleme einer Leihmutterchaft im Ausland zu sensibilisieren.

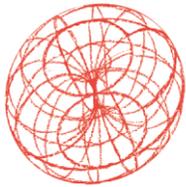
Der **Ständerat** hat die parlamentarische Initiative Amherd "[Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz](#)" abgelehnt. Der Nationalrat hatte der Vorlage im Mai zwar noch zugestimmt, es jedoch bereits abgelehnt, den eigentlichen Kern des Verfassungsartikels zu überweisen, mit dem der Bund Grundsätze über die Förderung und den Schutz von Kindern und Jugendlichen und deren Mitwirkung in Politik, Gesellschaft hätte festlegen können, (vgl. [Webbeitrag](#) dazu). Abgelehnt hat der Ständerat auch die Motion Amherd „[Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Internetseiten](#)“, die den Bundesrat beauftragt hätte, ein Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Websites zur freiwilligen Selbstverpflichtung von Anbietern von Websites zu schaffen. Auch zwei Vorstösse, die der Familienarmut entgegenwirken wollen, hat der Ständerat abgelehnt: einerseits die Volksinitiative: „[Für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle](#)“ und andererseits die [Standesinitiative des Kantons Jura](#), die zum Ziel hatte, dass Kantone eine Einheitskrankenkasse einrichten und so eine gerechte und soziale Finanzierung der Krankenkassenprämien ermöglichen könnten, welche vor allem Familien begünstigen würde.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten).

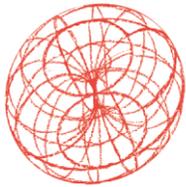
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



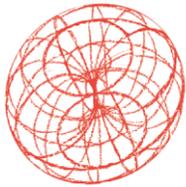
Datum	Nationalrat	Ständerat
30.11.2015	-	<p>07.402 (Parlamentarische Initiative Amherd): Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz. Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 67 der Bundesverfassung mit einem Absatz 1bis mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: Der Bund kann Vorschriften zur Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie zu deren Schutz erlassen. Der Nationalrat hat das Geschäft bereits behandelt und mit Änderungen überwiesen (vgl. Webbeitrag dazu).</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat beschliesst nicht Eintreten auf den Entwurf der Kommission. Das Geschäft geht zurück an den Nationalrat.
01.12.2015	<p>13.454 (Parlamentarische Initiative Fehr): Schutz vor Gewalt aus dem nahen sozialen Umfeld. Die Vorlage fordert die Ergänzung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfern von Straftaten wie folgt: Art. 10bis: Die Kantone sorgen für genügend Plätze in geeigneten Institutionen, die Menschen Schutz vor Gewalt aus dem nahen sozialen Umfeld bieten. Kooperationen zwischen den Kantonen sind möglich. Kinderrechtlich relevant ist insbesondere die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche, die direkt oder indirekt Opfer von häuslicher Gewalt werden, oft mangels Alternativen vorübergehend in Spitälern untergebracht werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge. Der Vorstoss ist somit erledigt. <p>15.416 (Parlamentarische Initiative Feri): Überprüfung der Familienverträglichkeit von Erlassentwürfen. Artikel 141 Absatz 2 Buchstabe g des Bundesgesetzes über die Bundesversammlung wird mit dem Begriff „Familie“ ergänzt. Er lautet dann: „die Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt, künftige Generationen und Familien;“.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge. Der Vorstoss ist somit erledigt. 	<p>13.105 (Geschäft des Bundesrats): Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. Genehmigung. Der Bundesrat will mit der Ratifikation des UNO-Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen die internationalen Bestrebungen im Kampf gegen das Verschwindenlassen unterstützen. Er hat die Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens und zur Ausführungsgesetzgebung verabschiedet. Der Nationalrat folgt mit Abweichungen dem Bundesrat. Der Ständerat behandelt das Geschäft zum ersten Mal.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat überweist das Geschäft mit Abweichungen zum Bundesrat. Der Nationalrat wird das Geschäft ebenfalls noch einmal in dieser Session behandeln. <p>15.3877 (Postulat Recordon): Goldhandel und Verletzung der Menschenrechte. Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem - soweit die Schweiz betroffen ist - Bilanz über den Handel mit Gold gezogen wird, das unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen abgebaut wird. Aus kinderrechtlicher Sicht relevant ist der Aspekt der Kinderarbeit in den Goldminen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat überweist das Postulat an den Bundesrat.



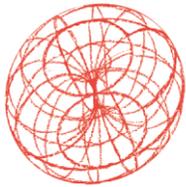
Datum	Nationalrat	Ständerat
02.12.2015	<p>13.4271 (Motion Lohr): Mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zu Gunsten des Breitensports. Die Motion beauftragt den Bundesrat, im Sinne der Breitensportförderung Pläne nicht nur für ein, sondern für mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zu erarbeiten. Damit soll nicht nur der Leistungssport profitieren, sondern auch Schulen sollen kostengünstige Schneesportlager durchführen können. Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat nimmt die Motion an. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.	-
03.12.2015	-	<p>12.3122 (Motion Amherd): Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Internetseiten. Der Bundesrat wird beauftragt, ein Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Websites zur freiwilligen Selbstverpflichtung von Anbietern von Websites zu schaffen. Der Nationalrat hat den Vorstoss angenommen, der Ständerat beschloss, die Behandlung der Motion für ein Jahr auszusetzen. Der Ständerat nimmt die Behandlung dieses Vorstosses nach einem Jahr Pause wieder auf.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat lehnt die Motion ab. Das Geschäft ist somit erledigt.
07.12.2015	-	<p>15.055 (Geschäft des Bundesrates): 40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz. Erfahrungen und Perspektiven. Bericht des Bundesrates (Po. Stöckli 13.4187) Aufgrund eines Postulats (13.4187 „40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz: Erfahrungen und Perspektiven“) hat der Bundesrat einen Bericht über Erfahrungen und Perspektiven anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums des EMRK-Beitritts erstellt.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat nimmt vom Bericht Kenntnis. Das Geschäft ist somit erledigt.



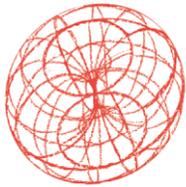
Datum	Nationalrat	Ständerat
08.12.2015	<p>12.080 (Geschäft des Bundesrats): Heilmittelgesetz. Änderung.</p> <p>Mit der 2. Etappe der Revision des HMG werden u.a. Rahmenbedingungen geschaffen, damit vermehrt kindgerechte Arzneimittel zugelassen und auf den Markt gebracht werden können. Die pharmazeutische Industrie soll für ihren zusätzlichen Aufwand in der Entwicklung von Kinderarzneimitteln beispielsweise mit einem verlängerten Patentschutz unterstützt werden. Zur Vermeidung von Medikationsfehlern, insbesondere bei der Behandlung von Kindern, soll zudem eine nationale Datenbank zu einem sicheren Arzneimitteleinsatz in der Kinderheilkunde beitragen. Die Rahmenbedingungen für Schaffung, Pflege und Finanzierung der Datenbank werden mit den Ausführungsbestimmungen festgelegt. Der Ständerat und Nationalrat sind sich weiterhin nicht einig.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Räte haben sich etwas angenähert. Einzelne Punkte sind nach wie vor offen. Das Geschäft geht nun wieder in den Ständerat.	-
10.12.2015	<p>15.3501 (Postulat RK-N): Leihmutterschaft. Für eine nationale Sensibilisierungskampagne.</p> <p>Der Bundesrat wird ersucht zu prüfen, ob die Bevölkerung mit einer Kampagne für die Probleme einer Leihmutterschaft im Ausland zu sensibilisieren ist, die sich im Zusammenhang mit dem Schutz des Kindes, dessen Recht, seine Herkunft zu kennen, sowie der Würde der Leihmütter stellen. Aus kinderrechtlicher Sicht wichtig ist dabei das Recht des Kindes, nicht als Ware betrachtet zu werden, seine biologische Mutter (Leihmutter) und seine Herkunft zu kennen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat lehnt die Vorlage ab. Das Geschäft ist somit erledigt.	<p>13.300 (Standesinitiative Kanton Jura): Für eine soziale Einheitskrankenkasse.</p> <p>Die Bundesversammlung wird ersucht, die Kantone zur Einrichtung einer Einheitskrankenkasse zu ermächtigen und ihnen dabei die Einführung einer gerechten und sozialen Finanzierung zu ermöglichen, welche vor allem die Familien begünstigt.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Mehrheit des Ständerats sah für das Anliegen keinen Handlungsbedarf und gibt der Initiative keine Folge. Die Kantone sollen keine öffentlichen Krankenkassen einführen dürfen.



Datum	Nationalrat	Ständerat
14.12.2015	<p>15.3614 (Postulat Schenker): Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Beschwerdefristen. Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob sich die Beschwerdefristen, welche mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht eingeführt wurden, in der Praxis bewähren oder gegebenenfalls angepasst werden müssen. Aus kinderrechtlicher Sicht relevant ist, dass durch die lange Beschwerdefrist ein eingesetzter Beistand oft erst 50 Tage nach dem Beschluss tätig werden kann. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat nimmt das Postulat an. Der Vorstoss ist somit angenommen. Die Resultate der Evaluation werden in der ersten Hälfte 2016 vorliegen, wie Justizministerin Simonetta Sommaruga sagte. <p>13.105 (Geschäft des Bundesrats): Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. Genehmigung. Der Bundesrat will mit der Ratifikation des UNO-Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen die internationalen Bestrebungen im Kampf gegen das Verschwindenlassen unterstützen. Er hat die Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens und zur Ausführungsgesetzgebung verabschiedet. Der Nationalrat folgt mit Abweichungen dem Bundesrat. Der Ständerat hat das Geschäft ebenfalls mit Abweichungen überwiesen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat stimmt dem Ständerat zu. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.12.2015	-	<p><u>11.3767</u> (Motion Rickli): Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine dahingehende Änderung von Artikel 64 des Strafgesetzbuches vorzulegen, dass Hafturlaube und "Ausgänge" für Verwahrte ausgeschlossen sind. Der Nationalrat hat die Vorlage angenommen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Motion wird mit folgender Änderung angenommen: „Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine dahingehende Änderung von Artikel 64 StGB vorzulegen, dass unbegleitete Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte ausgeschlossen sind.“
17.12.2015	-	<p><u>14.058</u> (Volksinitiative): Für ein bedingungsloses Grundeinkommen.</p> <p>Die Volksinitiative möchte den Bund verpflichten, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen, das allen in der Schweiz lebenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Die Initiantinnen und Initianten schlagen ein Grundeinkommen pro Monat von 2500 Franken für Erwachsene und von 625 Franken für Kinder und Jugendliche vor. Bundesrat und Nationalrat lehnen die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag ab.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat lehnt die Initiative ebenfalls ab. Das Geschäft ist für die Schlussabstimmung bereit. <p><u>15.3921</u> (Interpellation Levrat): Ist der Französischunterricht noch immer bedroht?</p> <p>Angesichts der für den nationalen Zusammenhalt und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften problematischen Entwicklungen des Sprachunterrichts (z.B. Kanton Thurgau, der ab 2017 auf den Französischunterricht auf der Primarstufe verzichten will), stellt der Interpellant verschiedene Fragen an den Bundesrat.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Interpellant ist mit den Antworten des Bundesrates teilweise befriedigt. Das Geschäft ist somit erledigt.



Datum	Nationalrat	Ständerat
18.12.2015	<p>14.306 (Standesinitiative SO): Verlängerung der Anstossfinanzierung von Kinderbetreuungsplätzen durch den Bund. Der Bundesrat wird aufgefordert, die Gesetzeslage so zu verändern, dass sich der Bund auch nach dem 31. Januar 2015 an der Anstossfinanzierung von schul- und familienergänzenden Betreuungsplätzen in den Kantonen und Gemeinden beteiligen kann. Der Ständerat hat die Standesinitiative mit der Begründung abgelehnt, das Parlament habe inzwischen bereits beschlossen, die Starthilfen für Krippen und Tagesschulen um weitere vier Jahre zu verlängern.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Auch der Nationalrat lehnt den Vorstoss ab. Das Geschäft ist somit erledigt.	-
18.12.2015	<p>Schlussabstimmungen: 13.105 (Geschäft des Bundesrats): Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. Genehmigung. Der Bundesrat will mit der Ratifikation des UNO-Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen die internationalen Bestrebungen im Kampf gegen das Verschwindenlassen unterstützen. Er hat die Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens und zur Ausführungsgesetzgebung verabschiedet. Der Nationalrat folgt mit Abweichungen dem Bundesrat. Der Ständerat hat das Geschäft ebenfalls mit Abweichungen überwiesen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Das Parlament nimmt den Bundesbeschluss in der Schlussabstimmung an. <p>14.058 (Volksinitiative): Für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Volksinitiative möchte den Bund verpflichten, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen, das allen in der Schweiz lebenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Die Initiantinnen und Initianten schlagen ein Grundeinkommen pro Monat von 2500 Franken für Erwachsene und von 625 Franken für Kinder und Jugendliche vor. Der Bundesrat lehnt die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag ab. Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Initiative ab. Der Ständerat befasst sich zum ersten Mal mit dem Geschäft.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Das Parlament nimmt den Bundesbeschluss in der Schlussabstimmung an. Die Initiative wird dem Volk zur Ablehnung empfohlen.	